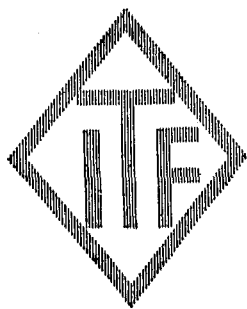


FASCHISMUS

ORGAN DER INTERNATIONALEN TRANSPORTARBEITER-FÖDERATION

ERSCHEINT ALLE 14 TAGE IN DEUTSCH, FRANZÖSISCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, SPANISCH, HOLLÄNDISCH UND AUSZUGSWEISE AUCH IN ESPERANTO. DER BEZUGSPREIS BETRÄGT HFL. 4.- JÄHRLICH (FÜR MITGLIEDER DER DER I.T.F. ANGESCHLOSSENEN VERBÄNDE UND FÜR ARBEITERORGANISATIONEN HFL. 2.-). BESTELLUNGEN WERDEN ENTGEGENGENOMMEN: VONDELSTRAAT 81, AMSTERDAM, WEST.



4. Jahrgang
No. 23

Amsterdam, den 14. November 1936

Morde in Deutschland.
=====

(ITF) Um jedem organisierten Widerstand gegen die weitere Verschlechterung der Lage der deutschen Arbeiter vorzubeugen, hat die Geheime Staatspolizei (Gestapo) im ganzen Reich Massenverhaftungen

vorgenommen. Da der Gestapo die Träger der illegalen Organisationen nicht bekannt sind, verhaftete sie wahllos zahlreiche ehemalige Funktionäre der durch die Nationalsozialisten aufgelösten Arbeiterorganisationen. Die Verhafteten wurden gefoltert, um sie zu Mitteilungen über die illegalen Gruppen zu zwingen. Zwei bekannte deutsche Gewerkschafter wurden in den ersten Oktobertagen in Hannover bei diesen "Vernehmungen" zu Tode gemartert: Otto Brennecke, ein verdienstvoller Funktionär der von den Nationalsozialisten zerschlagenen freien Gewerkschaft der deutschen Bekleidungsarbeiter, zuletzt Bezirkssekretär der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisation, des ADGB, und Willi Scheinhardt, ehemals Bezirkssekretär des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes. Weil sie nichts zu verraten hatten, wurden sie ermordet, wie zahlreiche unbekannte deutsche Arbeiter, die eher starben, als einen Kameraden verrieten.

Am 4. November wurde in Hamburg Edgar André, der frühere Hamburger Bezirksleiter des kommunistischen Roten Frontkämpferbundes, hingerichtet. Ein nationalsozialistisches Gericht hatte ihn auf Grund von erpressten, offenkundig erlogenen Zeugenaussagen zum Tode verurteilt. Selbst das Nazigericht hatte in der Urteilsbegründung zugegeben: "der Nachweis der strafrechtlichen Schuld des Angeklagten hat nicht mit Sicherheit erbracht werden können". Trotzdem fällte es das Todesurteil.

In verschiedenen Ländern meldeten sich Entlastungszeugen, 26 Abgeordnete des englischen Unterhauses und zwei Mitglieder der französischen Regierung hatten neben vielen anderen führenden Persönlichkeiten an Hitler appelliert, diesen offenkundigen Justizmord zu verhindern; André selbst hatte jedes Gnadengesuch abgelehnt, er wollte Recht, nicht Gnade. Hitler, der bisher fast jeden zum

Tode verurteilten Frauenmörder begnadigt hat, liess diesen Justizmord geschehen.

Todesurteile in Italien.

=====

(ITF) Am 30. August wurden etwa 300 Arbeiter der Waffenfabriken in Terni (Umbrien) verhaftet. Die Polizei

warf ihnen Sympathiekundgebungen für die spanischen Arbeiter vor. Jetzt hat, wie die Moskauer "Prawda" (am 29. Oktober) meldet, das faschistische Sondergericht, das unter Ausschluss der Öffentlichkeit in Terni tagte, 5 Arbeiter zum Tode und 25 Arbeiter zu 30 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

"Christlicher" Polizeistaat.

=====

(ITF) Das Kabinett des österreichischen Diktators Schuschnigg ist zum siebten Mal geändert worden. Einige

Minister, von denen bekannt geworden war, dass sie vom Versicherungskonzern Phoenix Bestechungsgelder angenommen hatten, konnten nicht länger gehalten werden; der Handels- und Verkehrsminister Stockinger, der sein Amt nicht zuletzt im Interesse seiner Lebensmittel-Grosshandlung ausgeübt hatte, verschwand zugleich mit dem Finanzminister, dem Vizekanzler und dem Justizminister. Stockinger wurde, damit er nicht ganz aus dem Geschäft kommt, zum Präsidenten der österreichischen Bundesbahnen ernannt. Der Ex-Justizminister, der mit einer habsburgischen Erzherzogin verheiratet ist, soll zum Leiter der Organisation "Neues Leben", die nach dem Muster des deutschen Vornügnungsvereins "Kraft durch Freude" die Freizeit der österreichischen Arbeiter kontrollieren soll, ernannt werden.

Dieser Kabinettswechsel ist für die österreichischen Arbeiter von besonderer Bedeutung, denn die Beamten, die Polizei und der Verkehr wurden Schrittmachern des Dritten Reiches ausgeliefert. Dem früheren Sozialminister Neustädter-Stürmer, einem italienischen Adligen, dessen politisches Ideal der italienisch-deutsche Faschistenblock ist, wurde -- wie das Sprachrohr des deutschen Aussenministeriums tiefbefriedigt feststellte -- "das für etwaige Zwischenfälle sehr wichtige" Polizeiministerium übertragen. (Frankfurter Zeitung, 5. November). Neustädter-Stürmer ist als fanatischer Gegner der katholischen Arbeiterorganisationen bekannt. Selbst die regierungstreuen christlichen Gewerkschaften haben ihm Hass gegen alle Arbeiterorganisationen bescheinigt. Als Innenminister fungiert ein Vertrauensmann Berlins, ein Herr von Glaise-Hortenaus, als Handels- und Verkehrsminister der Syndikus der Grazer Handelskammer Taucher, der über beste Verbindungen zur deutschen Schwerindustrie verfügt.

Das Sekretariat für Arbeiterfragen, das vorübergehend vakant geblieben war, wurde wieder besetzt. Es wurde mit dem "Bundesführer-Stellvertreter" des (inzwischen aufgelösten) Wehrverbandes der christlichen Arbeiterorganisationen, Hans Rott, besetzt. Rott hat sich als "Führer der Post- und Telegraphenschutzwahl" beim Aufbau einer Betriebsspitzen-Organisation bewährt. Die Arbeiterfragen sollen also in Österreich noch mehr als bisher von Polizeifachleuten "gelöst" werden.

Ein Minister in Wien.

=====

(ITF) Zum Polizeiminister im neuen Kabinett Schuschnigg wurde Herr von Neustädter-Stürmer ernannt, ein fanatischer

Gegner aller Arbeiterorganisationen, selbst der christlichen Verbände. Neustädter-Stürmer war bis zum Oktober 1935 Sozialminister des "christlichen Ständestaates". Als er das Feld räumen musste, charakterisierte ihn das "Zentralorgan der christlichen Arbeiter- und Angestelltenbewegung", die "Österreichische Arbeiterzeitung" treffend: "Minister Neustädter-Stürmer hat den untrüglichen Beweis für die Dürftigkeit seines sachlichen Wissens um die Aufgaben des ihm anvertrauten Amtes erbracht. Seine unzulängliche Eignung zum Amte eines Sozialministers war überdies noch gepaart mit einer ganz ungezügelten Neigung zur Rechthaberei und Machtdünkel. Der christlichen Arbeiterbewegung und ihren führenden Männern hat er mit Hass gegenübergestanden und kindische Freude darüber empfunden, wenn er diesen Männern, selbst auch nur durch Nadelstiche, seine Gegnerschaft bekunden konnte".

In Österreich sinken die Löhne.

=====

(ITF) Die österreichischen Gewerbeinspektoren, Beamte der faschistischen Diktatur, stellen in ihrem

soeben veröffentlichten Jahresbericht fest: "Trotz des Tiefstandes der Löhne konnte auch im Berichtsjahr (1935) eine fast allgemeine

Weitersenkung festgestellt werden.... Die Lohnsenkungen kamen auch bei der Festlegung neuer Satzungslohne (Tariflohne) deutlich zum Ausdruck. Wie alljährlich wurden in zahlreichen Fällen Unterschreitungen der bestehenden Satzungslohne festgestellt". (Zitiert nach "Arbeiterwoche", Wien, Nr. 43 vom 24. Oktober 1936.)

Beschimpfung statt Lohn.
=====

(ITF) "Das Gewerbeinspektorat für den dritten Wiener Aufsichtsbezirk" berichtet, dass sich die Klagen der

Heimarbeiter aller Gewerbebezüge über den unfreundlichen, oft rohen und bis zu Schimpfworten gesteigerten Ton der Unternehmer bei der Übernahme der fertigen Waren häufen, wobei immer wieder versucht wird, von dem ohnehin kärglichen Lohn unter allen möglichen Vorwänden, wie z. B. durch abfällige Beurteilung einer einwandfreien fachmännischen Arbeit, noch Abzüge zu machen....

In einzelnen Fällen sanken die Löhne sogar so tief, dass selbst den an bescheidenste Verdienste gewöhnten Heimarbeiterinnen ein Weiterarbeiten unmöglich wurde" (aus dem soeben veröffentlichten amtlichen Bericht der österreichischen Gewerbeinspektoren).

Nazi-Akkord -- "Schreck-
=====

(ITF) Im Dritten Reich werden die Akkorde nach dem Führerprinzip einseitig vom Unternehmer oder seinem Beauftragten festgesetzt. Die Arbeiter haben nichts mehr hineinzureden.

gespenst" der Arbeiter.
=====

Ein westdeutsches Nazi-Arbeitsgericht hat den Unternehmern sogar das Recht gegeben, die Akkordgrundlagen so zu verschlechtern, dass der Akkordverdienst unter den tariflich garantierten Zeitlohn sinkt. (Landesarbeitsgericht Wuppertal am 8. April 1936). Die Empörung der deutschen Arbeiter über die Akkordschinderei ist so gross, dass die Arbeitsfront über "klassenkampfähnliche Stimmungen" klagt. "Es ist kein Geheimnis" schreibt das Organ der westdeutschen Arbeitsfront, "dass gerade die Akkordberechnung viel Missstimmung erzeugt, und die Akkordschere ist nicht nur das Schreckgespenst aller Schaffenden, sondern sie ist häufig geeignet, die Gemeinschaftsbande im Betriebe selbst zu zerschneiden und dadurch wieder klassenkampfähnliche Stimmungen zu erzeugen."

Sehr kritische Diskussionen.
=====

(ITF) "Die Diskussion über die augenblickliche nationalwirtschaftliche Lage (Deutschlands) hat in den brei-

ten Schichten unseres Volkes sehr ernste und sehr kritische Formen angenommen". (Der Ruhrarbeiter, Organ der Deutschen Arbeitsfront, erste Novemberausgabe).

Zwei Tage Streik in einem
=====

(ITF) Der Prager "Sozialdemokrat" (Nr. 252 vom 30. Oktober) berichtet: "Obwohl bei dem Textilunternehmen E. G. Häntsch in Grossschönau in Sachsen vor kurzem erst 142 Arbeiter

sächsischen Betrieb.
=====

entlassen wurden, wollte der Unternehmer den noch verbliebenen Arbeitern noch einen dreissigprozentigen Lohnabbau diktieren. Die Arbeiterschaft schritt zur Abwehr dieses Angriffes auf ihr Lohneinkommen und trat am 21. Oktober d. J. geschlossen in den Streik. Auf die Dauer von zwei Tagen war der Betrieb vollkommen stillgelegt. Daraufhin griff der "Treuhand der Arbeit" ein und teilte der Arbeiterschaft mit, dass ein zehnpromentiger Abbau des Lohnes zur Kenntnis genommen werden muss. Als die Arbeiter auch diesen Vorschlag ablehnten, erklärte der Mann, dass jeder, der am 23. Oktober nicht an seinem Arbeitsplatz stehe, mit der Verhaftung rechnen müsse. Der Arbeiterschaft blieb nichts übrig, als sich der Drohung dieses "Treuhanders" zu beugen.

Kommentar zu dieser aus unbedingt verlässlicher Quelle stammenden Nachricht erübrigt sich."

Hitlers Arbeitssklaven.
=====

(ITF) Immer schwerer lastet der Druck des Hakenkreuzes auf der deutschen Arbeiterschaft. Auf die Beschränkung

der Freizügigkeit folgt jetzt im Zeichen des 4-Jahresplans der beschleunigten Aufrüstung die willkürliche Deportation von Arbeitern in die entferntesten Provinzen. Bisher waren im allgemeinen nur Erwerbslose nach Lust und Laune der nationalsozialistischen Behörden zu Zwangsarbeit verschickt worden. Jetzt ist das Dritte Reich dazu über-

gegangen, auch die Arbeiterschaft der "zivilen" Industrien wie rechtlose Arbeitssoldaten in andere Provinzen zu werfen.

Schon im Sommer wurde mit dieser Methode begonnen. In Thüringen wurden Arbeiter aus schlechtgehenden Betrieben "heurlaubt" und als "Erntemänner" zur Landarbeit gezwungen. Arbeiter, die sich weigerten, wurden auch formell entlassen und erhielten, da sie durch "eigenes Verschulden" ihren Arbeitsplatz verloren, zunächst keine Unterstützung. Die "Erntemänner" wurden selbstverständlich nur zu den weit niedrigeren Landarbeitertarifen entlohnt.

Die Arbeiter hatten den erheblichen Verdienstausschlag und die erhöhten Ausgaben für den doppelten Haushalt "im nationalen Interesse" zu tragen. Die Industriellen waren mit dieser Regelung sehr zufrieden, sie konnten (wie der "Angriff" Nr. 245 vom 17. Oktober bestätigt), in der toten Saison ihr Lohnkonto beträchtlich entlasten. Die Verschickung der "Erntemänner" erfolgte noch ohne gesetzliche Grundlage. Seitdem aber Generaloberst Göring von Hitler -- der wie üblich die Übernahme persönlicher Verantwortung scheute -- unbeschränkte Vollmacht auch zur weiteren Entrechtung der Arbeiterschaft erhielt, ist der Einsatz rechtloser "Arbeitssoldaten" legalisiert worden und bereits in grossem Massstabe erfolgt. Am 24. Oktober wurde der grösste Teil der 250 000 Arbeitsdienstsoldaten zur Kartoffel- und Rübenernte kommandiert. Als Entgelt brauchten die Gutsbesitzer nur den Lohn eines ledigen jugendlichen Landarbeiters zu zahlen. Sie sparten die Familienzuschläge für verheiratete Landarbeiter und hatten die Sicherheit, dass durch die militärische Disziplin der befehlsgemäss nur "in geschlossenen Gruppen" -- und daher nur auf grösseren Gütern -- eingesetzten Arbeitsdienstsoldaten eine weit höhere Arbeitsleistung erzielt wurde. Überdies fielen die Sozialgesetze fort und befehlsgemäss erfolgte "der Einsatz des Arbeitsdienstes auch an Sonn- und Feiertagen". Die Arbeitsdienstsoldaten selbst erhielten keinen Pfennig, der Lohn wurde in die Kasse des zuständigen Arbeitslagers gezahlt, das mit diesem Verdienst die in den letzten Monaten berüchtigt schlecht gewordene Verpflegung aufbessern konnte.

Es ist schon so weit.

=====

(ITF) "Es ist heute leider in manchen (deutschen) Betrieben schon so, dass man sich gegenseitig zuflüstert: 'Der Führer des Betriebes (der Unternehmer, Red.) macht ja doch, was er will'" -, klagt der "Ruhrarbeiter", das amtliche Organ der Deutschen Arbeitsfront im rheinisch-westfälischen Industriegebiet (Nr. 43, vierte Oktoberausgabe).

Das Fett der Armen.

=====

(ITF) "Die Proklamation des Führers (vom 10. September), dass unter allen Umständen für die Minderbemittelten billige und ausreichende Fette bereitstehen müssen, wird mir ein heiliger Befehl sein, der unter allen Umständen durchgeführt wird", versicherte Generaloberst Göring, der Bevollmächtigte für den 2. Vierjahresplan der Nazi-Aufrüstung, in seiner Rede am 28. Oktober. Am Tage darauf aber erklärte der Regierungspräsident des Industriebezirks Hannover, Dr. Diehls, der Organisator der Gestapo: "eine gewisse (!) Verknappung an billiger Konsum-Margarine muss ertragen werden" (Frankfurter Zeitung vom 30. X. 36.)

Nachtarbeit in den deut-

=====

schen Bäckereien.

=====

(ITF) Die "Fachgruppe" der deutschen Brotindustrie forderte (am 3. November auf ihrer Tagung in Leipzig) völlige Freigabe der Nachtarbeit für "Hilfskräfte zur Sauerteigführung", da "eine ordnungsgemässe kontinuierliche Sauerteigführung" die "Vorbedingung für eine Qualitätsverbesserung des Brotes sei" (Frankfurter Zeitung, Nr. 567/68 vom 5. November).

Die rund 750 Brotfabriken liefern etwa ein Drittel des deutschen Gesamtumsatzes an Broten. Wird für sie die Nachtarbeit auch nur "zur Sauerteigführung" wieder freigegeben, so werden die Kleinbäckereien bald mit der gleichen Forderung auftreten, und mit der von den Nationalsozialisten schon verkürzten Nachtruhe der deutschen Bäckereiarbeiter ist es dann völlig aus.

"Wie früher..."

=====

(ITF) Im deutschen Bergbau wird nach dem "Führerprinzip" das Gedinge von der Grubenverwaltung diktiert. Der Widerstand der Bergarbeiter gegen dieses Lohndiktat hatte bisher nur

in Einzelfällen Erfolg. Aber jetzt muss unter Umständen im Rahmen des Vierjahresplans der verstärkten Aufrüstung die Kohlenförderung erhöht werden, die Nazi-Diktatur braucht daher Ruhe in den Grubenbezirken. Die Arbeitsfront glaubt, die Bergarbeiter mit Versprechungen aufmuntern zu können. "Auf der Schulungsburg Oberursel begann am 1. Oktober 1936 ein Gemeinschaftslehrgang der Reichsbetriebsgemeinschaft "Bergbau" ", berichtet der "Völkische Beobachter". "Im Rahmen dieses Gemeinschaftslehrganges... kündigte der Reichsbetriebsgemeinschaftsleiter "Bergbau" an, dass es an der Zeit sei, die seit einigen Jahren in verschiedenen Bergbaugebieten übliche Gedinge f e s t s e t z u n g durch Fahrsteiger oder Betriebsführer zu beseitigen. Es sei endlich an der Zeit, dass das Gedinge wieder wie früher unter Tage vor Ort zwischen der Kameradschaft und dem verantwortlichen Reviersteiger vereinbart wird." (Völk. Beobachter Nr. 283, vom 9. X. 36.).

Eine Verwirklichung dieses Versprechens bedeutet die Durchbrechung des Systems des nationalsozialistischen Lohndiktats. Es ist daher nicht anzunehmen, dass die Bergherren sich eine derartige Schmälerung ihrer "Herrenrechte" gefallen lassen werden.

Folgen der Antreiberei.

=====

"Eisen und Metall" der Deutschen Arbeitsfront erklärte der Reichsbetriebsgemeinschaftsleiter Jäzoch (am 2. November): "Die Gesamtzahl der von den zehn Berufsgenossenschaften der deutschen Eisen- und Metallindustrie... gemeldeten Unfälle betrug im Jahre 1934 185 000, im Jahre 1935 247 758". An diesem Steigen der Unfallziffern seien die Arbeiter selbst schuld, sie arbeiteten zu unvorsichtig. Da an dieser "Metallarbeiter"-Tagung kein einziger von den Belegschaften der Metallbetriebe als gewählter Vertreter teilnehmen durfte, rechnete der Jäzoch nicht mit Widerspruch. Aber selbst einem anwesenden Vertreter der Berufsgenossenschaften war diese Behauptung zu bunt, er hielt sich für verpflichtet, darauf hinzuweisen, dass die sinnlose Antreiberei schuld an der Zunahme der Unfälle ist. "Es ist nur der Tüchtigkeit und den hohen Eigenschaften der Arbeitskameraden zu verdanken, dass die Zunahme der Unfälle nicht noch grösser geworden ist" ("Angriff" Nr. 259 und 260 vom 3. und 4. November 1936).

"Stabile" Reichsmark.

=====

in Deutschland ganz allgemein geworden. Ganz im Gegensatz dazu bewegt sich der offizielle Grosshandelsindex.... Man muss annehmen, dass der Index heute stärker die offiziellen, oft fiktiven (willkürlich angenommenen) Notierungen und Preisfestsetzungen widerspiegelt, als die wirklichen Marktpreise" ("Neue Züricher Zeitung", 3. November, Nr. 1894).

Görings erste Tat: Versuch
=====
zur Abwürgung der Lohnbewegung
der deutschen Facharbeiter.

(ITF) Der Mangel an geschulten Facharbeitern wird in den deutschen Metallbetrieben und Bauunternehmungen immer spürbarer. In den letzten Septembertagen wurden neue grosse Rüstungsaufträge, vor allem vom Luftfahrtministerium und dem Kommando der Tanktruppen, vergeben, zum Teil zum Ersatz älterer Bestände, die den meuternden spanischen Generälen und gewissen Balkanstaaten geliefert wurden. Auch bei den Befestigungsbauten im Westen ist das Arbeitstempo erneut verschärft worden; das Dritte Reich will seine Befestigungen an der deutsch-französischen Grenze möglichst bald beenden, da es mit der Notwendigkeit rechnet, Befestigungen auch an der Ostgrenze gegen Polen anlegen zu müssen. Die Militarisierung Danzigs hat die Voraussetzung für diese Ostbefestigung geschaffen.

Der durch die Überbeanspruchung der Bau- und Metallunternehmungen im Zuge dieser forcierten Aufrüstung entstandene Mangel an geschulten Facharbeitern wurde noch dadurch verschärft, dass das weitgehend technisierte Heer, das für seine Spezialformationen zahlreiche Facharbeiter beansprucht, am 1. Oktober verdoppelt wurde. Um die Facharbeiter in den Betrieben hat deshalb ein Wettkampf der Rüstungsindustrie eingesetzt. "Um den Facharbeiter ist ein Kampf entbrannt, der mit Lockangeboten, Wegengagieren und anderen Methoden geführt wird". (Monatshefte für Nat.-Soz. Sozialpolitik", Oktober 1936). Die Facharbeiter

nutzten diese einmalige Gelegenheit, um -- trotz des von Hitler erlassenen Verbots von Lohnaufbesserungen -- mit der Drohung des Übertritts in einen andern Rüstungsbetrieb persönliche Lohnerhöhungen zu verlangen. Für eine Reihe Betriebe ist zwar durch Eingreifen der Militärbehörden jede Abwanderung von Facharbeitern in besserbezahlte Arbeitsstellen verboten worden, doch zu einem **a l l g e m e i n e n** Verbot des Arbeitsplatzwechsels hatte das Dritte Reich sich zunächst **n o c h** nicht entschliessen können. Die Facharbeiter konnten daher beachtliche Erfolge erringen. Die **weniger** kapitalkräftigen Unternehmer, denen die Facharbeiter wegengagierte wurden, forderten, dass Höchstlöhne festgesetzt und damit dem Arbeiter der Anreiz zum Wechsel des Betriebes genommen werde. Doch die Grossbetriebe zahlen den Facharbeitern vorbeugend "schwarze" Lohnerhöhungen, bei Rheinmetall (in Düsseldorf) erhält z. B. ein Dreher eine monatliche zusätzliche "Prämie" von RM. 78.--, die nicht als Lohn bezeichnet werden darf und auch nicht zur Lohnsteuer angemeldet wird.

Die Versuche, diese Lohnbewegung der Facharbeiter abzuwürgen, scheiterten. In einigen Bezirken sind die Unternehmer zwar "zu Selbsthilfe übergegangen, indem sie untereinander Wettbewerbsabreden trafen, um den Abzug von Arbeitskräften zu unterbinden" (Monatshefte für nationalsozialistische Sozialpolitik, Oktober 1936). Gegen diese Vereinbarungen der Unternehmer wehrten sich die Facharbeiter häufig erfolgreich durch passive Resistenz. Die Arbeitsfront schlug deshalb, um einer einheitlichen Lohnbewegung vorzubeugen, vor, "vereinzelt" Facharbeitern etwas höhere Löhne zu zahlen, und verbürgte sich dafür, dass durch diese vorübergehende übertarifliche Bezahlung der Facharbeiter keine allgemeine Lohnbewegung ausgelöst wird. "Der Betriebsführer muss wissen, dass Lohnerhöhungen an irgendeinem Ende seines Betriebes nicht mehr wie früher automatisch die entsprechend höheren Forderungen aller Arbeiter hervorrufen" (ebenda). Doch die Unternehmer nehmen die Arbeitsfront nicht ernst. Sie wandten sich an Generaloberst Göring, Hitlers Bevollmächtigten für den 2. Vierjahresplan der deutschen Aufrüstung. Göring ordnete prompt an, dass (ab 1. Dezember) im Kalendervierteljahr mehr als 9 Metallarbeiter nur mit Genehmigung des Arbeitsamts eingestellt werden dürfen. Als "Metallarbeiter" gelten "gelernte oder **a n** gelernte.. Arbeiter, Betriebsbeamte, Werkensiter und Techniker. Die Zustimmung zur Ermittlung von Facharbeitern hängt in erster Linie von der Kriegswichtigkeit der vorliegenden Aufträge und "dem Vorhandensein einsatzfähiger Metallarbeiter" ab. (Reichsanzeiger, zit. nach "Berliner Tageblatt" Nr. 533 vom 10. November). Durch diese Anordnung soll den Arbeitern das Druckmittel des Abwanderns in einen andern Betrieb genommen und damit die Lohnbewegung der Facharbeiter abgewürgt werden.

Das ist die **e r s t e** Anordnung Görings auf Grund seiner neuen Vollmachten.

Die Reihenfolge.

=====

(ITF) Generaloberst Göring hat (am 9. November) die Rangordnung der für das Dritte Reich "staats- und wirtschaftspolitisch bedeutsamen Aufgaben" festgelegt: erst kommt "vor allem" die Aufrüstung, dann erst die Ernährung; dann folgt der Ausbau der Ersatzstoffwirtschaft, dann die "Förderung der Ausfuhr" und dann erst die "Schaffung gesunden Wohnraums" (Berliner Tageblatt, Nr. 533 vom 10. November).

Frauenarbeit in der
=====
deutschen Industrie.
=====

(ITF) Das deutsche Statistische Reichsamt veröffentlicht (im zweiten Oktoberheft -- Nr. 20 -- seiner Zeitschrift "Wirtschaft und Statistik") eine Übersicht über die Entwicklung

der Frauenarbeit in der deutschen Industrie seit 1933. Beim Beginn der Diktatur arbeiteten (wie das Statistische Reichsamt 1935 in einer Sonderbeilage zu "Wirtschaft und Statistik", Nr. 13, mitteilte) 1,1 Millionen Frauen in der deutschen Industrie, Ende 1934 1,4 Millionen, im ersten Halbjahr 1936 1 460 000 Frauen, von denen (nach einer Mitteilung im Reichsarbeitsblatt vom 5. Oktober, S. II 424) 40 000 im Saargebiet wohnen. Seit 1934 hat die Frauenarbeit in der Industrie also praktisch nicht mehr zugenommen, trotzdem in der gleichen Zeit die Zahl der in den Rüstungsindustrien beschäftigten Arbeiter erheblich zunahm. Aber gerade in den für die nationalsozialistische Kriegsvorbereitung wichtigsten Industrien, in der "Eisen- und Metallgewinnung" im Maschinenbau (Kanonen, Tanks, Bombenflugzeuge) und in der Bauindustrie (Kasernen- und Festungsbau) werden nur wenig Frauen beschäftigt.

Der relative Anteil der Frauen an der Industriebelegschaft ging denn auch zurück. In der gesamten Industrie (einschliesslich Bergbau und Bauindustrie) betrug der Anteil der beschäftigten Frauen 1933, beim Beginn der nationalsozialistischen Diktatur, noch 29,3%. Er ging 1934 auf 27% zurück und sank 1935 auf 25,5% und im ersten Halbjahr 1936 auf 24,5% aller in der Industrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

"Die stärkere Zunahme der Frauenarbeit in der (deutschen) Industrie hat sich im Weltkrieg angebahnt. Nach dem Kriege waren es zunächst die Vermögensverluste durch die Inflation, die die Frauen in die Berufstätigkeit drängten. Es folgte die Rationalisierung, die in Verbindung mit der Politik der hohen Löhne die (billigere - Red.) Frauenarbeit stark begünstigte". ("Wirtschaft und Statistik", 1935, Nr. 13).

"Für die Entwicklung der Frauenarbeit in den letzten Jahren war zunächst (!)... bestimmend: ...das weibliche Geschlecht sollte wieder mehr zu seiner naturgegebenen Aufgabe als Hausfrau und Mutter zurückgeführt werden." ("Wirtschaft und Statistik", 1936, Nr. 20).

Doch die Versuche, Frauen durch Männer zu ersetzen, scheiterten in vielen Industrien. Sperrholzfabriken mussten die 1933 entlassenen Arbeiterinnen wieder zurückrufen, die zum Ersatz eingestellten Männer erwiesen sich als ungeeignet. Kabelwerke stellten fest, dass Männer nicht die nötige Fingerfertigkeit zum Umwickeln der Dynamodrähte haben. (Jahresbericht der Gewerbeaufsicht.) Der Versuch, Stenotypistinnen durch Männer zu ersetzen, musste aufgegeben werden.

Eine Zurückdrängung der Frauenarbeit wäre in vielen Industriezweigen dennoch relativ leicht möglich gewesen, wenn die Nationalsozialisten die Machtfülle ihrer Diktatur eingesetzt und diktiert hätten, dass Frauen bei gleicher Leistung Männerlohn zu beanspruchen hätten. Sie haben aber nicht daran gedacht. Im Gegenteil, die Löhne der Frauen wurden von ihnen weiter gesenkt. Das "Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich" gibt die Bewegung der Tariflöhne für Arbeiterinnen in zehn Industrien an. In sieben dieser Industrien haben die nationalsozialistischen Treuhänder der Arbeit trotz steigender Preise die Tariflöhne noch unter das Krisenniveau vom Oktober 1932 gesenkt. Die amtlichen, gemeinsam von Unternehmen und Beamten des Statistischen Reichsamts durchgeführten Lohnerhebungen zeigen, dass in der Textilindustrie, in der Wäschefabrikation, in der papierverarbeitenden Industrie und in der Schuhindustrie den Arbeiterinnen überdies noch untertarifliche Löhne gezahlt worden. In der Schuhindustrie liegen die amtlich festgestellten Arbeiterinnenlöhne um 15% unter dem Tarifsatz! Frauenarbeit ist im Dritten Reich also noch billiger geworden, kein Wunder, dass die Unternehmer versuchten, wo irgend möglich schlecht entlohnte Frauen zu beschäftigen.

In den kriegswichtigen Betrieben wurden die Unternehmer darin von der Armee nachdrücklich unterstützt. Die Armee verlangt, dass schon in diesen Vorkriegsjahren Frauen in Rüstungsbetrieben angelehrt werden. "Es darf nicht vergessen werden", erklärt die vom Kriegsministerium inspirierte "Wehrwirtschaftliche Umschau" des "Deutschen Volkswirts", "dass sich hunderttausende Frauen im grossen Krieg... an Arbeitsplätzen betätigt haben, die vorher ausschliesslich mit Männern besetzt waren... Wäre es nicht klug, sich heute schon mit dem Gedanken vertraut zu machen, dass solche Notzeiten wieder einmal eintreten könnten? Und wäre es nicht eine weise Voraussicht, daran zu denken, einen Teil unserer Frauen jetzt schon technisch auszubilden, damit diese dann in der Lage wären, ihre späteren Mitarbeiterinnen in all denjenigen Handgriffen und Betätigungen anzulernen, die für Frauen zuvor ungewohnt waren? Sicherlich liessen sich in allen mittleren und grösseren Betrieben Plätze schaffen, wo solche geschulten Frauen in kleinen prozentualen Anteilen zur Gesamtbelegschaft jetzt schon eingereicht werden könnten. Das technische Studium müsste jetzt schon einem Teil unserer Frauen empfohlen und diesen für später Arbeitsplätze gesichert werden. Es soll nicht bestritten sein, dass an die physischen Kräfte der kriegsarbeitenden Frauen hohe Anforderungen gestellt werden mussten; es darf aber auch nicht vergessen werden, dass inzwischen in dem grössten Teil aller Betriebe Einrichtungen geschaffen worden, die gerade in Beziehung auf manuelle Kraft sparende Hilfsvorrichtungen -- z. B. Krane, Luftschlagwerkzeuge, Schleif- und Bohraparate, Transportgeräte usw. -- und in Beziehung auf sanitäre Einrichtungen wertvolle Erleichterungen und Verbesserungen brachten, die in den meisten Fällen in der Not auch Frauenarbeit zulassen." ("Der Deutsche Volkswirt", vom 6. November 1936).

Es ist nicht bei Erwägungen geblieben: "Es hat den Anschein, als ob der Rückgang des Frauenanteils an der Industriegefolgschaft um die Mitte des Jahres 1936" -- mit der Verlängerung der Dienstzeit auf 2 Jahre! - Red. -- "zum Stillstand gekommen sei". ("Wirtschaft und Statistik", Nr. 20). In vielen Betrieben wird von Frauen bereits typische Männerarbeit verlangt. In den Adler-Werken in Frankfurt am Main z. B. werden bereits seit Monaten Frauen in der Schleiferei beschäftigt. Textilarbeiterinnen werden auf Granatendrehen und Sprengstoff-fabrikation "umgeschult". Die deutschen Frauen sollen nicht nur den Ersatz der Gefallenen des kommenden Krieges gebären, sie sollen zugleich die Voraussetzungen für den vom Dritten Reich vorbereiteten Weltbrand schaffen.

(Für die Redaktionen: Vergleiche ergänzend "Faschismus" vom 2. Mai 1936, Seite 89).

Da sollst keinen Gott
 =====
 haben neben IHM!
 =====

(ITF) Im Dritten Reich werden Hitler göttliche Ehren erwiesen. Die "Allgemeine Evangelisch-lutherische Kirchenzeitung" (22. 5. 1936) berichtet aus Hessen-Nassau: "Der kommissarische Leiter der Abteilung für Weltanschauung für das Gebiet 13 der Hitlerjugend hat ein neues Gebet 'Wir glauben!' herausgegeben, aus dem wir zitieren: "Wir glauben an Adolf Hitler, unseren ewigen (!) Führer!".

Die "sozialen Ehrengerichte" haben die Konsequenz aus diesem Glaubensbekenntnis gezogen und festgelegt, dass jeder, der Hitler die von ihm verlangten Ehren verweigert, fristlos entlassen werden kann. Vor dem "sozialen Ehrengericht" für den Treuhänderbezirk Sachsen standen jetzt (nach dem Bericht der Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront (vom 25. September 1936), Nr. 226) 3 Angehörige der Sekte der Ernstest Bibelforscher wegen Verweigerung des Hitlergrusses. Die Ernstest Bibelforscher betrachten den Gruss "Heil Hitler" als eine gotteslästerliche und grösserwahnsinnige Anmassung und weigern sich konsequent, ihn auszusprechen. Das Nazi-Gericht erkannte wegen "der unverbesserlichen und hartnäckigen Gesinnung (!) der Angeklagten" auf fristloser Entlassung. Das Blatt der Arbeitsfront bemerkt zu diesem Urteil: "Nachdem hier zum ersten Male so eindeutig und unmissverständlich die Frage der Duldung von Bibelforschern mit dem Urteil der sofortigen Entfernung vom Arbeitsplatz ihre Klärung erfahren hat, erwartet die Gemeinschaft aller Schaffenden, dass unverzüglich und überall dem Treiben von Bibelforschern ein Riegel vorgeschoben wird". Die Arbeitsfront will also das gegen die Sekte der Ernstest Bibelforscher ergangene Urteil auf alle "Bibelforscher" angewandt wissen. Mit "Bibelforschern" bezeichnen die "Deutschglaubigen" die Anhänger der evangelischen Bekenntniskirche.

Katholische Arbeitervereine
 =====
 im Dritten Reich.
 =====

(ITF) Kardinal Faulhaber, der Erzbischof von München, veröffentlichte soeben eine eingehende Darstellung der systematischen Vornichtung der katholischen Arbeiter-

vereine durch die Nationalsozialisten ("Die Kirche und die Arbeitervereine", herausgegeben vom Erzbischöflichen Ordinariat in München). Die Denkschrift erinnert daran, dass Hitler (am 28. April 1933) dem Kardinal Bertram feierlich zusagte: "Ich darf Ihnen, Herr Kardinal, versichern, dass insoweit solche Verbände keine parteipolitische, dem jetzigen Regiment feindliche Tendenzen pflegen, auch keine Absicht besteht, gegen sie vorzugehen."

Die Denkschrift wagt natürlich nicht, Hitler Wortbruch vorzuwerfen, sie begnügt sich mit einer nüchternen Aufzählung: am 22. Juni 1933 erklärte der Leiter der Arbeitsfront Dr. Loy, dass "auch sogenannte katholische und evangelische Arbeitervereine" als Staatseind zu betrachten sind... "es ist höchste Zeit, dass sie verschwin-
den." Gleich darauf erfolgen örtliche "Aktionen". Kassenbestände, Vermögen, Fahnen, Schrifttum werden beschlagnahmt, Versammlungen untersagt, Vereinshäuser geschlossen. Doch unmittelbar vor dem Abschluss des Konkordats mit dem Vatikan konnten die Bischöfe noch eine Atempause für die katholischen Arbeitervereine durchsetzen. Am 30. Juni musste Dr. Loy eine Pressenotiz veröffentlichen: "Missverständlicherweise (!) wurden meine Veröffentlichungen teilweise dahingehend ausgelegt, dass ich die Arbeiter- und Gesellenvereine als staatsfeindlich ansehen würde. Das trifft nicht zu..."

Im Juli 1933 verpflichtete sich Hitler durch das Konkordat erneut,

das "vereins- und verbandsmässige Eigenleben" der katholischen Arbeitervereine zu sichern. Doch schon im August beginnen die Klagen der Arbeitervereine von neuem. Am 28. April 1934 befiehlt Dr. Ley den Ausschluss aller Mitglieder katholischer Arbeitervereine aus der Arbeitsfront. Was das bedeutet, verdolmetschte die Zeitung der DAF "Nahrung und Genuss" (am 5. Mai 1934): "Dass der Ausschluss aus der Deutschen Arbeitsfront gleichbedeutend ist mit dem Ausschluss aus der deutschen Volksgemeinschaft und der Ausgeschlossene somit das Anrecht auf Arbeit und Brot verliert, ist den Volksgenossen ins Gedächtnis zu rufen."

Am 25. Januar 1935 wurden die Rechtsberatungsstellen der katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine auf Anordnung der Geheimen Staatspolizei aufgelöst. Am 25. April 1935 kündigte Dr. Ley die "Zerschlagung der letzten Überreste konfessioneller Gesellenvereine" an.

Die Berufung der Bischöfe auf das von Hitler unterzeichnete Konkordat nützte nichts, die Arbeitsfront behauptete einfach, die katholischen Arbeitervereine seien politische Organisationen. Als die beiden bayrischen Erzbischöfe (am 1. Juni 1935) in einem Hirtenbrief feststellten, die Behauptung Dr. Leys sei "eine Unwahrheit, die auch durch Wiederholung nicht Wahrheit wird^x", wurde der Hirtenbrief von der Polizei verboten. Die Nationalsozialisten behandeln das Konkordat -- wie alle von ihren Führern unterzeichneten Verträge -- als Fetzen Papier. Am 17. Mai 1936 hat der Vorsitzende des Obersten Ehren- und Disziplinarhofes der DAF neue, erweiterte Anweisungen über die Durchführung des Verbotes der Doppelmitgliedschaft herausgegeben. Die übereifrige Gleichschaltung hat den katholischen Arbeitervereinen nichts genutzt.

Freude in Freiheit.

=====

(ITF) Die "Prager Presse" veröffentlichte (am 5. November) folgende Unterredung mit dem französischen

Unterstaatssekretär Lagrange:

Von den Errungenschaften der Volksfrontregierung ist keine so populär geworden wie die "Billets Lagrange", verbilligte Fahrkarten, die den Minderbemittelten die Möglichkeit geben, die Schönheiten des französischen Landes kennenzulernen. Die Nationalisierung der Rüstungsindustrie, die Gründung einer Getreidozentrale, die Reform der Bank von Frankreich -- dies alles hatte zwar eine tiefgreifende soziale Bedeutung, den kleinen Mann aber berührte es direkt nicht, für ihn sind die "Billets Lagrange" das Symbol dafür, dass sich in Frankreich etwas änderte. Der Mann, der dieser volkstümlichen Institution den Namen gab, Leo Lagrange, ist Unterstaatssekretär für Sport und Freizeitorganisation. Wir hatten Gelegenheit, Leo Lagrange persönlich über Verwirklichtes und Geplantes zu befragen.

"Die Regierung Blum", so sagte der Unterstaatssekretär, "hat den Arbeitern durch das Gesetz über die 40-Stundenwoche und durch die bezahlten Urlaube neue Möglichkeiten zur Bildung und Erholung eröffnet, sie hat nun auch die Aufgabe, die Mittel herbeizuschaffen, um die Freizeit auf geeignete Weise organisieren zu helfen. Dies war bei der Errichtung des neuen Unterstaatssekretariats der leitende Gedanke. Unsere erste Aufgabe ist die planmässige Förderung des Sportes. Der Sport soll aus der privaten Sphäre herausgehoben und in den weitesten Kreisen popularisiert werden. Hierfür brauchen wir neue Spielplätze und Turnhallen, die in allen Teilen des Landes errichtet werden müssen. Der zweite Punkt unserer Tätigkeit besteht darin, Anregungen für das Wandern und Reisen zu schaffen. Besonders der Jugend soll dazu verholfen werden, die Heimat kennenzulernen, das Jugendherbergwesen muss daher ausgebaut werden. In den letzten fünf Monaten hat sich die Zahl der Jugendherbergen bereits verdreifacht. Schon die Erfahrung einer so kurzen Zeit hat weiter gezeigt, dass es uns gelingen wird, eine Volks-touristik zu begründen. Wir haben eine 40prozentige Fahrpreiser-mässigung für individuelle Ferienreisende eingeführt, wir haben Urlauberzüge unter noch weit günstigeren Bedingungen organisiert, mit den Hotelierverbänden wurden Abmachungen hinsichtlich einer Verbilligung der Pensionspreise getroffen und das Ergebnis ist schon in diesem Jahre erstaunlich gewesen: Die Luxusbäder der Cote d'Azur waren in den Sommermonaten, die sonst als tote Saison gelten, mit unsern Volkstouristen überfüllt. Einen besonderen Erfolg erzielten wir mit den Fahrkarten (Billets Lagrange), die französischen Bahnen konnten geradezu Rekord-einnahmen verzeichnen und im August über 325.000 Urlaubsbillets absetzen, wobei berücksichtigt werden muss, dass viele Leute bereits anderweitig über ihre Ferien disponiert hatten und keine Zeit mehr fanden, die neueingeführten Billets zu beantragen. Ausserdem standen

x) Für die Redaktionen: siehe "Faschismus vom 27. Juli 1935."

wir im August noch mitten in der Streikperiode. Wir wollen grössere Ferienexpeditionen vermeiden und jedem die Möglichkeit geben, im Kreise seiner Familie den Urlaub zu verbringen. Die unangenehmsten Kindheits-erinnerungen sind ja für uns alle die Sonntagspromenaden, bei denen man einer endlosen Reihe von Spaziergängern folgen musste. Das hervorstechendste Merkmal der neuen Freizeitgestaltung wird es sein, dass dem französischen Individualismus weitgehend Rechnung getragen wird."

Nach seinem übrigen Programm befragt, erklärte Leo Lagrange: "Unsere Pläne sind auf Jahre hinaus berechnet und daher äusserst umfangreich. Manche Projekte, die einen grossen Finanzaufwand erfordern, werden wir vorläufig zurückstellen müssen, so die Errichtung von Volkshäusern, die Versammlungs-, Gymnastik- und Lesesäle umfassen sollen. Eine baldige Lösung wird jedoch die Frage der Wanderbibliotheken finden. Es wird in Kürze möglich sein, mit "Bibliobussen", die namentlich an den Markttagen in Aktion zu treten haben, auch die kleinsten Ortschaften zu erfassen. Das Konzertwesen wird durch den Ausbau der bereits bestehenden Volkskapellen eine Förderung erfahren. Hinsichtlich der Vorbilligung des Theaterbesuches wird mit dem Erziehungsministerium ein Abkommen getroffen werden müssen, denn die Theater sind diesem unterstellt. Wir werden bald einen obersten Rat für Freizeitgestaltung besitzen, in den die beteiligten Ministerien ihre Vertreter senden werden. Aber auch die Gewerkschaften, die Lehrerverbände usw. werden einen Teil der Mitglieder dieses Koordinationskomitees stellen. Wir werden ausserdem noch einige Persönlichkeiten des kulturellen Lebens, Musiker, Maler und Dichter, wie z. B. André Malraux, hierfür ernennen. In den einzelnen Departements werden entsprechende Organisationen entstehen, welche die Arbeit des Unterstaatssekretariats und des zentralen Komitees unterstützen sollen. Lokale Freizeitgestaltungsausschüsse, die meist von den Konsumentenvereinen gegründet worden sind, existieren bereits seit Jahren und werden von nun an infolge der Anregungen, die das Unterstaatssekretariat gibt, bessere Arbeit leisten können".

Zum Schluss haben wir Leo Lagrange noch gebeten, uns den Unterschied zwischen der nationalsozialistischen Organisation "Kraft durch Freude" und der Freizeitgestaltung, wie sie Frankreich organisiert, darzulegen. Wir erhielten folgende Antwort: "Mit 'Kraft durch Freude' haben unsere Bestrebungen nichts zu tun. Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Wir wollen nicht Kraft durch Freude schaffen, sondern Freude an sich. Es handelt sich bei u n s nicht darum, Leute zum Sporttreiben zu zwingen oder ihnen ein Vergnügen aufzunötigen, wie dies in manchen Ländern (Deutschland, Red.) zu geschehen pflegt. Wir wollen lediglich Mittel bereitstellen und Möglichkeiten schaffen, die jeder auszunutzen vermag, der es wünscht. Wir haben zwar keinen Diktaturapparat zur Verfügung, der der Verwirklichung unserer Ziele dienlich ist, wir sind aber fest entschlossen, der Welt zu beweisen, dass auch die Demokratie imstande ist, eine grosszügige Freizeitorganisation zu errichten."

"Betriebsgemeinschaft"

=====

(ITF) Die braune "Betriebsgemeinschaft" fällt allmählich selbst Nationalsozialisten auf die Nerven.

"Schon ost ist bemängelt worden", schreibt der "Ruhrarbeiter", "dass Betriebsgemeinschaftsausflüge und Betriebsgemeinschaftsabende zu sehr in Befehlston angekündigt werden. Es heisst in den Ankündigungen oft: "Jedes Gefolgschaftsmitglied "hat" für sich und seine Frau so und so viel zu zahlen, "geboten" wird das und das, die Zellenwalter werden in einigen Tagen mit den Einzeichnungslisten bei jedem Gefolgschaftsmitglied vorsprechen, - - - und dann kommt manchmal noch ein Schlusswort, welches höchst unerfreulich ist und beispielsweise wie folgt lautet: "Die Zellenwalter sind von mir beauftragt, diejenigen Gefolgschaftsmitglieder zu melden, die den Ausflug ohne stichhaltigen Grund nicht mitmachen wollen und sich damit ausserhalb unserer Betriebsgemeinschaft stellen. Ich erwarte deshalb, dass sich kein Gefolgschaftsmitglied ausschliessen wird. Der Führer des Betriebes."

Selbst das Blatt der Arbeitsfront hat gemerkt, dass dieser "reine Befehlston oder der direkte Zwang immer irgendwie einen Gegendruck, zumindest eine Misstimmung auslösen" muss. (Der Ruhrarbeiter, erste Novembernummer).

Nazi-Akkord.

=====

Am Ende des Berichts "Nazi-Akkord" auf Seite 196 dieser Ausgabe muss die Quellenangabe: (Der Ruhrarbeiter,

erste Novemberausgabe) ergänzt werden.

Schmidlechner ist endlich frei. (ITF) Die Proteste der Presse und
===== der Arbeiterorganisationen der demo-
kratischen Länder gegen den auf Grund
der Aussagen eines Berufsverbrechers zu 5 1/2 Jahren Kerker verurteil-
ten österreichischen Eisenbahners Franz Schmidlechner sind der "christ-
lichen Diktatur" derart unangenehm geworden, dass sie das Opfer ihrer
Rachejustiz endlich frei liess.

Die Existenz vernichtet. (ITF) Vor einiger Zeit wurden 16
===== Wiener Strassenbahner verhaftet. Die
Polizei warf ihnen vor, sie hätten einem gemassregelten Kollegen eine
Unterstützung zukommen lassen und sich an einer Sammlung für die spani-
schen Arbeiter beteiligt. Obwohl ihnen die Beteiligung an einer ille-
galen Spaniensammlung nicht nachgewiesen werden konnte, wurden sie zu
Polizeistrafen verurteilt und alle entlassen. Es sind durchweg Fami-
lienväter unter ihnen, einer mit 31 Dienstjahren.

Diskussion um Hitlers (ITF) Wir entnehmen einem vertrau-
===== lichen Bericht der deutschen Geheimen
"Vierjahresplan". Staatspolizei den folgenden für die
===== wirkliche Stimmung der deutschen Ar-
beiterschaft charakteristischen Bericht über eine Betriebsversammlung
im Reichsbahn-Ausbesserungswerk in X.: Der Betriebsleiter eröffnete
mit einer scharfen Rüge das Verhalten der Belegschaft bei der letzten
Betriebsversammlung. Es sei unerhört, dass ein Teil der Belegschaft
während der Übertragung einer Rede Hitlers nach Hause gegangen sei.
In Zukunft würden die Tore verschlossen und von der Werkschar bewacht.
Ein Mitglied der NSDAP fragte an, ob der Besuch der Betriebsversamm-
lungen nicht freiwillig sei. Der Betriebsleiter antwortete: das wohl,
aber zur Pflege der Gemeinschaft müsse die Freiwilligkeit etwas be-
schränkt werden. Es wurde dann vom Propagandawalter der Arbeitsfront
ein Vortrag über den Sinn des Nürnberger Parteitags der NSDAP gehalten.
Grundtendenz war: eine Leistungssteigerung um 20% ist nötig, um der
Deutschen Reichsbahngesellschaft die Möglichkeit zu geben, ihre sozia-
len Aufgaben zu erfüllen. Dies nicht nur im Interesse des Volksganzen,
sondern auch besonders im Interesse der Belegschaft, denn ohne diese
Leistungssteigerung sei keine Hebung des Lohnniveaus möglich. Nach Be-
endigung des Vortrags konnten Fragen gestellt werden, auf die der
Redner zusammenfassend eingehen wollte. Gefragt wurde: Wie soll 20%
mehr geleistet werden? Sollen neue bessere Maschinen beschafft werden?
Soll das Arbeitstempo beschleunigt werden? Sollen die Akkordsätze
ermässigt oder die Termine gekürzt werden? Soll die Belegschaft ver-
mehrt werden? Wird bei 20% Leistungssteigerung auch der Lohn oder
die Akkordsätze um 20% erhöht? Ein Arbeiter fragte, ob seine Erwägun-
gen richtig seien. Wenn 20% mehr geleistet werden müssen, bis die Voll-
leistung erreicht ist, würde jetzt also nur 4/5 der Volleistung erreicht.
Vor dem Kriege wurden 5/5 geleistet in 10 Stunden. Heute 4/5 in 8 Stun-
den. Also solle wohl 1/5 oder 20% in 2 Std. mehr gearbeitet werden.
Bei objektiver Beurteilung sei dies eigentlich ausgleichende Gerech-
tigkeit gegen die damalige Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausfall.
Darauf noch die Frage von dem schon genannten Parteigenossen: soll
wieder von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit Mittagspause gearbeitet
werden? Dann brauchten die Arbeiter keine "Kraft durch Freude" mehr,
weil sie überhaupt keine Zeit mehr hätten. Es war inzwischen spät ge-
worden. Der Referent erklärte, da er noch in eine andere Versammlung
müsse, könne er bedauerlicherweise nicht mehr antworten, er würde aber
das nächste Mal alles nachholen. Die Versammlung schloss in allgemeiner
Unruhe.

Zur "Grosskundgebung" kommandiert. (ITF) Die Sektion "Verkehr und
===== öffentliche Betriebe" der Deutschen
Arbeitsfront veranstaltete (am 6.
November) in Berlin eine "Parade des Verkehrs", zu der neben den Eisen-
bahnern, Strassenbahnern und Postbeamten Berlins auch Delegationen der
weiteren Umgebung Berlins befohlen wurden. In den grösseren Betrieben
wurde zur freiwilligen Meldung zur Teilnahme an dieser Kundgebung auf-
gefordert. Doch trotzdem Freifahrtkarten zur Verfügung standen, melde-
ten sich so wenige Eisenbahner und Postler, dass die Dienststellenlei-
ter Teilnehmer abkommandieren mussten, um die Sonderzüge zu füllen.